

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Erstmalig nach dem Wilsdruff und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestpreis bei Einlieferung monatlich 4 Mk., durch unser Postamt zugerechnet in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 4.90 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12.50 Mk. mit Zustellungsgeld. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Änderung, ist eine vorherige schriftliche Mitteilung bei der Zeitung kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interimspreis 1 Mk. für die nachfolgende Kopiezahl über dem Raum, Lohpreis 90 Pfg., Restem 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Fortsetzung entsprechender Preisablässe. Zeitungsbestellungen im amtlichen Teil nur von Behörden bei nachfolgender Kopiezahl 3 Mk., Nachteilungsgebühr 50 Pfg. Zeitungsbestellungen bis einschließlich 10. Uhr. Für die Möglichkeit bei durch Fernruf übermittelten Anträgen Übernahme wie beim Antrage. Jeder Antragsnachtrag ist, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß über den Auftraggeber in Kassa zu gewährleisten.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 20.

Dienstag den 25. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Am Reichswirtschaftsrat ist ein Antrag auf eine weitere Erhöhung des steuerfreien Einkommens eingegangen.
- Die Behandlung der „Noten-Fahne“ von einem hervorragenden Rechtspund durch Reichswahr und Rüstungs-Partei ist als Schwindel festgestellt worden.
- Im Verhältnis der deutschen Kaiserin ist erneut eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.
- Das österreichische Ministerium für Verkehrswege stellt bestmögliche die Annahme von Postanweisungen nach Deutschland ein.
- Brüand erklärte in der französischen Kammer mit 475 gegen 82 Stimmen ein Vertrauensvotum.
- Die Bedingungen, die in Berlin für die deutschen Jahreszahlungen gestellt wurden, werden von der gesamten Pariser Presse als unannehmbar bezeichnet. Döhlens die Herabsetzung der Kosten für die Besatzungstruppen wäre diskutierbar.
- Die Mehrheit der italienischen Sozialisten hat den Anschluss an die Moskauer Internationale abgelehnt, woraus sich die Kommunisten sich abtrennen.

Ein Widerruf.

Als kürzlich im Reichstage dem verstorbenen ehemaligen Reichsminister Bethmann Hollweg ein Nachruf gewidmet wurde, fehlte es nicht an Protesten auf der äußersten Linken. Die Kommunisten blieben ostentativ sitzen und auf Vorwürfe rechtfertigten sie sich mit der Erwiderung, es handle sich doch um den Kriegskriegler, der schuld sei an der Ermordung von so und so vielen Menschen. Die Ablehnung dieses Gebahrens wurde auch von den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen geteilt. Doch wohl noch jetzt angeht, dass die Auffassung, dass die Sozialisten verweist werden, dass die Auffassung, dass von der die feindlichen Brüder sich hier leiten lassen, dass durch Karl Kautsky, der beiden sozialistischen Parteien als maßgebender Führer angehört hat und auch wohl noch jetzt angehört, am ersten und am nachdrücklichsten begründet wurde. Man erinnert sich noch, dass er soeben in den Tagen nach der Revolution in das auswärtige Amt seinen Einzug hielt und dort mit der Sichtung und der Untersuchung des gesamten Aktenmaterials über den Krieg betraut wurde. Man erinnert sich ferner, dass der amtlichen Ausgabe dieses Materials mit einer Veröffentlichung zuvorkam, und dass er es war, der dadurch die Überzeugung von der deutschen Kriegsschuld bei Freund und Feind befestigte. Kautsky genoss so ziemlich überall den Ruf eines ehrlichen Mannes, einer Leuchte der Wissenschaft; sein Zeugnis musste also schwer ins Gewicht fallen, und wir haben es nur zu schmerzhaft erfahren, wie unsere Feinde sich bei der Abfassung und bei der Nachbereitung ihres sogenannten Friedensvertrages sich immer wieder auf die Kautsky-Akten beriefen, als auf einen unumstößlichen Beweis des von Deutschland an der Menschheit begangenen Verbrechens.

Kautsky weilt jetzt im fernen Georgien. In seiner Abwesenheit aber wird hier in Deutschland bekannt, dass er seine Überzeugung von der deutschen Schuld am Kriege förmlich widerrufen hat. Er ist mit anderen Sachverständigen, die zur Bearbeitung der Kriegsakten zugezogen waren, mit Professor Delbrück und dem Grafen Montgelas in weitläufige Auseinandersetzungen geraten über Inhalt, Zusammenhang und Bedeutung der von ihnen geprüften Urkunden, über die Bedingtheit des damaligen Geschehens, über die zeitliche Aufeinanderfolge der verschiedenen diplomatischen und militärischen Vorbereitungsverhandlungen zum Kriege. Der Streit ging diesmal nicht aus wie das Hornberger Schießen, obwohl es deutsche Gelehrte sind, die sich einigermassen in die Haare geraten waren. Kautsky wurde vielmehr von seinen Gegnern so sehr in die Enge getrieben, dass er schließlich eingestand, der deutschen Regierung „früher unrecht getan“ zu haben und nach Einsicht der Akten seine frühere Ansicht nicht aufrechterhalten könne. Deutschland habe „nicht planmäßig auf den Weltkrieg hingearbeitet und ihn schließlich zu vermeiden gesucht“.

Ganz gewiss ehrt es diesen Mann, dass er in dieser, geradezu alles entscheidenden Frage jetzt zurücktritt, was er früher gegen das Verhalten der deutschen Staatsmänner an Anklagen vorgebracht hat. Er ist einer folgenreichen Selbstanklage zum Opfer gefallen. Man braucht nur auf Brüand hinzuweisen, wie er vor der französischen Kammer die Kriegsschuld Deutschlands wie eine absolut feststehende Tatsache behandelt und mit ihr die unerlöschliche Schadensersatzforderung gegen uns begründet, um zu erkennen, wie die ehemaligen Kriegsgegner sich geradezu auf jeden angebotenen Beweis von deutscher Seite stützen müssen, um ihre Behauptungen aufrechtzuerhalten. In Deutschland aber ist der Parteiärm nach wie vor so betäubend, dass der Kautsky-Widerruf nur bisher von ganz wenigen Leuten überhaupt gehört worden ist.

Aber es trifft sich gut, dass er mit einer anderen, von französischer Seite ausgehenden Enthüllung zusammenfällt. Herr Paleologue nämlich, im Sommer 1914 französischer Botschafter in Petersburg, veröffentlicht jetzt seine Erinnerungen aus jenen stürmischen Tagen und ganz unbefangenen verrät er dabei eine Tatsache, die bisher von allen orientierten Franzosen verschwiegen oder bestritten worden ist, die Tatsache nämlich, dass Russland, damals noch der Über alles geliebte Verbündete der fran-

zösischen Republik, bereits am Abend des 29. Juli die Mobilmachung gegen Österreich nicht nur, sondern im gegebenen schon die allgemeine Mobilmachung angeordnet hat, während der entsprechende deutsche Befehl bekanntlich erst am 1. August gegeben wurde. Niemals ist bisher die Richtigkeit der immer und immer wieder vorgebrachten deutschen Behauptung von unseren Gegnern zugegeben worden, dass Russland den ersten Schritt zur allgemeinen Aushebung der militärischen Kräfte getan und damit den furchtbaren Stein des Weltkrieges ins Rollen gebracht hat. Jetzt liegt aber auch für diese Tatsache ein ganz unantastbares Zeugnis vor, und die deutsche Wahrheitsliebe darf sich, hinterder wenigstens, der Rechtfertigung freuen, die ihr aus gegnerischer Munde zuteil geworden ist. Freilich hinterher, nachdem die Entwicklung bis zu unserer Vernichtung geführt hat.

Getreidewirtschaft 1921.

Vorläufig keine Brotpreiserrhöhung.

In einer Besprechung mit den Oberpräsidenten über ernährungswirtschaftliche Fragen beim preussischen Staatskommissar für Volksernährung wurden die Maßnahmen zur wirksamen Erfassung des Brotgetreides eingehend erörtert. Die Halterumlage soll aufrechterhalten werden. Einsprüche der Kommunalverbände sollen schleunigt und eingehend geprüft werden. Bei der Festlegung der Ablieferung sollen die Kleinbetriebe, die auch vor dem Kriege ausschließlich Hafer für den eigenen Futterbedarf anbaute, besonders berücksichtigt werden. Reichsernährungsminister Hermes wiederholte darauf seine Erklärungen, dass der Brotpreis jetzt unter keinen Umständen erhöht werden dürfe. Die Getreidewirtschaft in der jetzigen Form könne für das neue Wirtschaftsjahr nicht ausrechenhalten werden. Eine weitere öffentliche Bewirtschaftung sei aber erforderlich. Die Verhandlungen über die Form der Umgestaltung seien noch nicht abgeschlossen.

Gefordert wurde allgemein eine baldige Bekanntmachung der Mindestpreise für das kommende Wirtschaftsjahr. Nach einer Erklärung von Dr. Hermes sind von der Industrieumwelt die erforderlichen Vorarbeiten befristet getroffen worden. Da die Befestigung der Landarbeiterlöhne aber noch nicht feststeht, konnten die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden.

Auslieferung an den Feind

Verhaftung eines Deutsch-Österrers.

Der an der Stuttgarter Reformkrankstalt als Oberlehrer beschäftigte österrische Geistliche E. Juna, der im Kriege deutscher Divisionssparrar war, hatte nach dem Kriege in seiner österreichischen Heimat für die Rückgabe des Landes an Deutschland agitiert, dann aber fliehen müssen, um in Stuttgart ein Unterkommen zu finden. Durch einen Brief an seine Angehörigen kamen die französischen Behörden auf seine Spur und stellten am 9. Januar beim auswärtigen Amt in Berlin einen Auslieferungsantrag gegen Juna, und zwar wegen Brandstiftung und Vordres. Juna war verhaftet worden, gab aber bei seiner Vernehmung an, die Franzosen hätten sich die Begründung des Haftbefehls aus den Fingern gelogen. Zwischen ihm und Juna gestrichelt. Halbamtlich wird dazu mitgeteilt, mit dem Friedensverträge habe die ganze Angelegenheit nur insofern zu tun, als Frankreich auf Grund einer Privatbestimmung die Wiederintraffierung des Auslieferungsvertrages verlangt habe. Nachdem jetzt der Auslieferungsvertrag wieder in Kraft getreten sei, hätten die Reichs- und die württembergische Regierung keine andere Wahl gehabt, als dem Verlangen Frankreichs auf Auslieferung des eines Verbrechens beschuldigten Oberlehrers stattzugeben.

„Hut ab vor Frankreich!“

Der Triumph der Phrase.

Der neue französische Ministerpräsident Briand hat unter dem zu erwartenden Beifall seine Programmrede in der französischen Kammer gehalten. Er erklärte, wenn Deutschland mit seinen unvertehrten Bergwerken und Fabriken sich alle Weltteile öffnen könnte, würden die von ihm Angegriffenen ihm verfallen sein. Die Regierung des französischen Volkes fühle die Verpflichtung, ihm die Ergebnisse des Sieges zum Bewußtsein zu bringen. Wer das systematische Anwenden von Gewalt nenne und Frankreich unterstelle, dass es seine Forderungen deshalb noch nicht bekannt gegeben hätte, um die Zahlungen im imperialistischen Absicht in die Höhe zu treiben, der spreche die Unwahrheit. Frankreich, gegen das man mit Diebstahl, Verwüstung und Plünderung vorgegangen sei, erkläre sich trotz seiner Macht dazu bereit, über das Unmögliche zu verhandeln. Vor diesem Lande den Hut ab! (Anhaltender härmischer Beifall.) Wir werden, fuhr Briand fort, in die Konferenz geben als Mächtigster. Sollte der Schuldner sich zahlungsunfähig erklären, dann werde ich die Gründe des Schuldners nur unter dem Vorbehalt erster Prüfung annehmen. Die Alliierten müssen sich Rechenschaft geben von den finanziellen Möglichkeiten Deutschlands.

Es wäre der schlechteste Augenblick, wenn sich heute die Alliierten für die Zukunft festlegen würden. Deutschland befindet sich augenblicklich auf dem tiefsten Stand seiner

Leistungsfähigkeit. Wir müssen Vorbehalte für die Zukunft machen, um nicht die Bereingefallenen zu sein. Deutschland besitzt eine ungeheure Produktionskraft. Man muß also sofort provisorische Ergebnisse erzielen und andere sich für die Zukunft vorbehalten, oder man muß aus der unklaren Lage kriechen, ob es möglich ist, sofort Finanzergebnisse zu erzielen, und den Krieg wieder aufzunehmen. (Verbäster Beifall auf zahlreichen Bänken.) Die Alliierten haben das Recht, festzustellen, ob Deutschland alle fiskalischen Anstrengungen gemacht hat, oder ob es einen großen Teil seiner Hilfsmittel verheimlicht. Wenn die Kassen Deutschlands leer sind, so haben sich die Privatleute bereichert. Deutschlands Privatleute müssen jetzt dafür solidarisch sein, daß es seine Pflichten erfüllt. Weiterhin erklärte Briand: Die französische Regierung wäre aber in hohem Grade leichtfertig, wenn sie nicht alle Mittel erschöpfen würde, bevor sie ihre Zuflucht zur Gewalt nähme.

Es wäre gefährlich, zur Gewalt zu greifen ohne Verständigung mit den Alliierten. Wenn diese nicht vollkommene Einigkeit des Handelns bewiesen, so würden sie Deutschland die Möglichkeit geben, sich seinen Schulden zum größten Teile zu entziehen. Wenn aber die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgelegt ist, dann muß sich Deutschland dessen bewußt sein, daß es dem Zwange nicht entgehen wird, wenn es versuchen sollte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Hierauf nahm die Kammer eine Vertrauensabstimmung für die Regierung mit 475 gegen 68 Stimmen an.

Die letzte Gelegenheit.

Wie das englische Rentenbureau offiziös meldet, wird mit Bezug auf die Anwesenheit Bergmanns und der deutschen Finanzsachverständigen in Paris in Verbindung mit der Premierminister-Konferenz in britischen maßgebenden Kreisen erklärt, daß die Deutschen sich darüber klar werden müssen, daß dies die letzte Gelegenheit sei, den Alliierten ihren eigenen Reparationsplan vorzulegen. Die Alliierten verlangen nichts Unvernünftiges, sie haben in der Tat bereits große Zugeständnisse gemacht. Zweifellos werden die Deutschen das verstehen und einsehen, daß, wenn nichts geschieht, die Regelung über ihren Kopf hinweg erreicht werden wird.

Italiens Standpunkt.

Zu der Reise des italienischen Außenministers, Graf Sforza, nach Paris wird von unierischer Seite aus Rom betont: „In der Entwaffnungsfrage wird eine Verständigung leicht zu erreichen sein; die Frage der Reparationen hingegen wird wahrscheinlich zu einer tiefen Meinungsverschiedenheit Anlaß geben. Die italienischen Staatsmänner werden sich in dieser Frage von der guten italienischen Vernunft leiten lassen und besträbt sein, eine praktische Lösung zu erreichen. Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufbau muß begünstigt werden, sonst wäre Gefahr vorhanden, daß man, nachdem ein anständiges Abkommen abgelehnt worden ist, dem Konkursverfahren entgegengeht.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Finnlands Schulden an Deutschland.

Deutschland hat von Finnland für die 1918 geleistete militärische Hilfe noch eine Zahlung von 20 Millionen deutscher Mark außer dem bereits von Finnland entrichteten Betrag gefordert.

Erhöhung des steuerfreien Einkommens.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist folgender Antrag eingegangen: 1. Der steuerfreie Einkommensteil nach § 20 Abs. 2 wird grundsätzlich (nicht nur für die Rechnungsjahre 1920 und 1921) für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person von 500 Mark auf 1000 Mark erhöht. 2. Das in § 20 festgesetzte Existenzminimum muß grundsätzlich steuerfrei bleiben und darf weder einer Landessteuer noch einer Kommunalsteuer unterworfen werden. Ein weiterer Antrag will dem § 9 des Einkommensteuergesetzes folgenden Absatz angefügt wissen: „Steuerfrei bleiben auch alle besonderen Entlohnungen für Arbeiten, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden (Überstunden, Überschichten usw.).“

Zentrum und Flaggfrage.

Die Anregung der Deutschen Volkspartei, durch Volksentscheid eine Entscheidung über die Reichsflagge herbeizuführen bzw. die alte Reichsflagge schwarz-weiß-rot wieder herzustellen, ist in den letzten Tagen Gegenstand der Erörterungen unter den Parteien gewesen. Während seitens der Deutschen Volkspartei und auch seitens der Demokraten der Wunsch besteht, diese Frage durch Volksentscheid zur Entscheidung zu bringen, scheint im Zentrum wenig Neigung vorhanden zu sein, auf diese Anregung einzugehen. Man sagt sich dort, daß die Gründe, welche seither für die Farben Schwarz-Rot-Gold ausschlaggebend waren, auch heute noch ausschlaggebende Bedeutung haben. Zudem ist zu besorgen, daß durch einen solchen Volksentscheid eine Zerklüftung in das deutsche Volk getragen wird. Wie gerade heute mehr denn je zu vermuten ist. Ob es unter diesen Umständen zu einem Antrag in dieser Richtung kommen wird, steht dahin.